



Bundestags- brief

Nr.54 • Die Woche im Bundestag • 20.03.2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Trauer und Entsetzen über den Amoklauf von Winnenden

Der schreckliche Amoklauf in Winnenden in der vergangenen Woche hat uns alle entsetzt. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Auch den Freunden und Mitschülern der Getöteten gehört unser tiefes Mitgefühl. Unser tiefer Dank gilt den Lehrern, Seelsorgern und Psychologen, die die Schüler betreuen, sowie all denjenigen, die den Freunden und Angehörigen der Opfer helfen, mit den unfassbaren Erfahrungen zurechtzukommen. Wir werden sorgfältig prüfen, wie die Politik noch mehr dazu beitragen kann, derartige Katastrophen in Zukunft zu verhindern.

Wir wissen aber auch: Absolute Sicherheit kann es nie geben. Auch die Möglichkeiten des Gesetzgebers sind hier begrenzt. Blinder Aktionismus und der rasche Ruf nach schärferen Gesetzen sind verständlich, können aber eine sorgfältige Analyse von Ursache und etwaigen Verbesserungsmöglichkeiten nicht ersetzen. Wir müssen auch in einer so schweren Situation einen klaren Kopf bewahren und verantwortungsvoll nach Möglichkeiten zu echten Verbesserungen suchen, statt Symbolpolitik zu betreiben.

Große Koalition trifft weitere wichtige Entscheidungen:

Die vergangene Sitzung des Koalitionsausschusses hat erneut gezeigt: Die Große Koalition erfüllt ihren Auftrag. Mit den Regelungen zu Managergehältern, der Schuldenbremse und den Umweltgesetzen haben wir wichtige Projekte auf den Weg gebracht, die noch in dieser Legislaturperiode Gesetzeskraft erlangen werden. In anderen Fragen wie den möglichen Staatshilfen für den Autokonzern Opel haben wir sorgfältig Bedingungen und Möglichkeiten eines zeitlich begrenzten staatlichen Engagements abgewogen und definiert. Bei der Managervergütung haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Bonussysteme für Spitzenmanager sich zukünftig stärker am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren. So sollen Aktienoptionen

nicht wie bisher bereits nach zwei, sondern zukünftig erst nach vier Jahren ausgeübt werden können.

Wichtig ist auch, dass zukünftig der gesamte Aufsichtsrat für die Festsetzung der Vorstandsbezüge verantwortlich ist. Dabei muss er dafür sorgen, dass diese Bezüge in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstandsmitglieds, zur Lage des Unternehmens und der üblichen Vergütung stehen und langfristige Verhaltensreize zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung setzen. Mit diesen Regelungen stellen wir sicher, dass durch die Vergütung nicht Anreize zu kurzfristigem und wenig nachhaltigem Handeln gesetzt werden. Gerade die aktuelle Finanzmarktkrise hat überdeutlich gezeigt, wozu solche falsche Anreize führen können. Gleichzeitig ist für uns klar: Die Politik kann und darf keine Gehälter festsetzen. Das ist alleinige Angelegenheit der Unternehmen und Aktionäre. Anderslautenden Ansinnen der SPD sind wir deswegen entschieden und erfolgreich entgegengetreten. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Ein weiterer Verhandlungserfolg ist die Festlegung einer Schuldenbremse im Grundgesetz. Ab 2016 darf die jährliche Neuverschuldung des Bundes 0,35 Prozent des BIP nicht übersteigen. Ab 2020 dürfen auch die Länder keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Nur in besonders schweren Ausnahmefällen darf von dieser Regel abgewichen werden. Damit stellen wir sicher, dass auch die jüngeren und nachfolgenden Generationen nicht unter der Last der Schulden zusammenbrechen. Nur wenn der Staat seine Schulden wirkungsvoll begrenzt, behält die Politik den notwendigen Gestaltungsspielraum zur Lösung der anstehenden Probleme. Damit hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in entscheidenden Punkten durchgesetzt. Dies ist ein weiterer Beitrag dafür, dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen können. Gleichzeitig haben wir entschieden weitere Forderungen unseres

Koalitionspartners abgelehnt. Das betrifft etwa einen gesetzlichen Mindestlohn in der Zeitarbeit unter Umgehung der Christlichen Gewerkschaften.

Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge kommt gut voran

Die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes mit neuen Studienstrukturen eröffnet viele Chancen. Die Hochschulen finden attraktive Partner zur Vernetzung. Für Studierende und wissenschaftliches Personal bietet er neue Mobilitätsperspektiven und für beruflich Qualifizierte mehr Durchlässigkeit.

Deswegen ist es gut, dass die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge inzwischen weit fortgeschritten ist. Schon 75 Prozent der Studiengänge sind umgestellt. 30 Prozent der Studierenden belegen diese Studiengänge.

Es gibt aber auch noch viel zu tun. Die Anerkennung im In- und Ausland erworbener Studienleistungen muss verbessert werden, Auslandsaufenthalte müssen in die Curricula integriert werden. Vor allem aber muss mehr Bachelor-Absolventen die Chance auf ein Masterstudium eröffnet werden. Nur wenn wir diese Herausforderungen meistern, werden die neuen Studienstrukturen die ihnen gebührende Akzeptanz finden. Nur dann werden wir den Bologna-Prozess wirklich erfolgreich abschließen können.

Den EU-Frühjahrgipfel zum Erfolg machen:

Am Wochenende kommen die europäischen Staats- und Regierungschef zu ihrem Frühjahrgipfel in Brüssel zusammen. Auf der Tagesordnung stehen wichtige politische Fragen. Die Bundeskanzlerin hat uns am Donnerstag in einer Regierungserklärung die Positionen der Regierung dargelegt.

Es wird von großer Bedeutung sein, dass vom Europäischen Rat ein Signal der Geschlossenheit ausgeht. Dazu gehört das Bekenntnis zum Binnenmarkt und zum Stabilitätspakt. Wir haben unsere konjunkturpolitischen Hausaufgaben gemacht.

Daher ist es gut und richtig, dass nicht immer neue Konjunkturmaßnahmen, sondern die Überwindung der strukturellen Probleme im weltweiten Finanzsystem dort höchste Priorität hat. Die EU benötigt dazu eine gemeinsame Position für den G20-Gipfel in London. Kein Ort, kein Produkt und kein Akteur auf den internationalen Finanzmärkten darf künftig ohne Aufsicht und Regulierung bleiben. Wir begrüßen, dass nun

auch die Schweiz, Luxemburg und Liechtenstein die OECD-Standards anerkennen und mit den Behörden anderer Länder kooperieren wollen, wenn es darum geht, Steuerflucht und Steuerhinterziehung zu ahnden.

Wir unterstützen auch den Vorstoß der Bundeskanzlerin, eine weltweite Charta für nachhaltiges Wirtschaften zu etablieren sowie die Bedingungen für die Kreditvergabe zu überprüfen und ggf. zu lockern. Es darf zu keiner Abwärtsspirale aus schlechterer Bewertung ganzer Industriezweige und damit verbundenen hohen Risikoaufschlägen bei der Kreditaufnahme kommen. Die östliche Partnerschaft, die beschlossen werden soll, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die bisherige Erweiterungspolitik der EU muss durch passgenaue Formen der gegenseitigen Kooperation abgelöst werden. Außerdem bleibt es wichtig, Fortschritte im Bereich der Energieversorgungssicherheit zu machen.

Auch dem Prüfstand stehen ebenfalls die sog. Lissabon-Ziele. Hier gibt es immerhin ein Lichtblick: Trotz der Weltwirtschaftskrise zeigen die Indikatoren für Deutschland und die EU insgesamt, dass der Binnenmarkt robust ist.

Zu guter Letzt:

Überbrückungsgeld und „Ich-AG“ erfolgreich:

Die im Rahmen der Arbeitsmarktreformen eingeführten Instrumente zur Förderung der beruflichen Selbstständigkeit haben sich als erfolgreich erwiesen. Knapp fünf Jahre nach Gründung sind bis zu zwei Drittel der mit Überbrückungsgeld und „Ich-AG“ Geförderten noch selbständig. Zudem sind rund 20 Prozent der ehemaligen Teilnehmer inzwischen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dagegen ist es bisher nur einem kleinen Teil der Geförderten nicht gelungen, sich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Von 2003 bis Mitte 2006 wurden insgesamt rund eine Million Gründungen gefördert, davon knapp 400.000 als „Ich-AGs“. Durch die „Ich-AGs“ wurden zusätzlich rund 60.000 weitere Vollzeitstellen geschaffen. Wesentlich erfolgreicher war in dieser Hinsicht das Programm „Überbrückungsgeld“, das rund 600.000 Personen erreichte und zur Schaffung von fast einer halben Million zusätzlicher Vollzeit-Äquivalenzstellen führte. Im Durchschnitt lag das Qualifikationsniveau der Bezieher von Überbrückungsgeld über dem der Ich-AG-Gründer.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)